

Ministerratsprotokoll Nr. 23
vom 24. Dezember 1920

Anwesend:

Vizekanzler B r e i s k y sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. G r i m m, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

vom Bundesministerium für Justiz: Sektionschef Dr. M a y e r - M a l l e n a u
vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft: Vizepräsident Dr. P a n t z;
ferner zu Punkt 1: vom Bundesministerium für Volksernährung: Ministerialrat Dr. B u r e s c h und Oberinspektor der österr. Staatsbahnen W r z a k.

Vorsitz:

Vizekanzler B r e i s k y

Dauer: 10.00 – 12.30

Reinschrift (3 ½ Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll

I n h a l t:

1. Forderungen der Südbahnangestellten.
2. Forderungen der Angestellten des Postsparkassenamtes, des Münzamtes und der Staatsdruckerei.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Arbeiterzeitung vom 24. Dezember 1920, S. 353 f mit einem Artikel über die Forderungen der Südbahnangestellten

Weiters liegt bei: [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Information über einen angekündigten Gesetzesentwurf gegen Preistreiberei

1.

Forderungen der Südbahnangestellten.

Der V o r s i t z e n d e und B.-M. Dr. P e s t a berichten über das Ergebnis der gestrigen Verhandlungen mit dem Aktionskomitee der Südbahnbediensteten und den Vertretern des Zentralverbandes der Eisenbahnerorganisationen. Die beiden sprechenden Minister führen aus, daß die ursprünglichen Forderungen der Südbahnbediensteten nach Gewährung von Weihnachtsremunerationen in den Hintergrund getreten seien, dafür nunmehr aber die Abgabe einer Erklärung durch die Regierung verlangt werde, worin deren grundsätzliche Bereitwilligkeit auszusprechen wäre, sofort mit allen zweckdienlichen Mitteln Maßnahmen für den Abbau der Preise zu treffen. Die Regierung hätte ferner zuzusichern, daß sie im Einvernehmen mit den Konsumentenorganisationen für die verschiedenen Warengattungen Höchstpreise mit sofortiger Wirksamkeit festsetzen, dann den freien Handel in entsprechender Weise beschränken und für einen Ausbau der Wuchergesetzgebung Sorge tragen wolle. Schließlich solle die Aufhebung des Verbotes des Anschlusses an Deutschland erwirkt und die Reparationskommission aufmerksam gemacht werden, daß Österreich die hohen Kosten ihrer Tätigkeit nicht ertragen könne.

Da die Abgabe einer solchen Erklärung die Vollmachten der zu den Verhandlungen entsendeten Minister überschritt, sei schließlich durch Vermittlung der Gewerkschaftsvertreter mit dem Aktionskomitee die Vereinbarung erzielt worden, daß darüber im Laufe des heutigen Vormittages die Entscheidung im Ministerrat eingeholt und bis dahin der Gesamtverkehr auf der Südbahn aufrecht erhalten werden solle.

Der Ministerrat erörtert anschließend daran in einer längeren Debatte die verschiedenen Maßnahmen, die sich im Schoße der Regierung bereits in Vorbereitung befinden, um den von allen Kreisen der Bevölkerung beklagten Auswüchsen in der Preisbildung für die lebensnotwendigen Artikel entgegenzuwirken. Es tritt die übereinstimmende Auffassung zu Tage, daß in diesem Belange seitens der Regierung entsprechende Zusicherungen erteilt werden können. Dabei wäre insbesondere auf den bereits wiederholt angekündigten Gesetzentwurf gegen Preistreiberei und die beabsichtigte Einsetzung einer Kommission unter Beziehung von Konsumentenvertretern hinzuweisen, deren Aufgabe es sein solle, Vorschläge über Maßnahmen zur Herbeiführung eines Preisabbaues zu erstatten.

Dagegen werden bezüglich der Forderung nach Abgabe einer Erklärung der Regierung in der Frage des Anschlusses an Deutschland und des Verbleibens der Reparationskommission in Österreich schwere politische Bedenken laut, da eine derartige offizielle Enunziation bei

den Ententemächten Verstimmung hervorrufen und die Aussichten auf Erlangung einer Kredithilfe zunichte machen würde. Die Regierungserklärung könne infolgedessen in diesem Punkte nur dahin gehen, daß die Regierung mit allem Nachdrucke bemüht sei, eine Milderung in den Österreich zur Lebensunfähigkeit verurteilenden Bestimmungen des Staatsvertrages von St. Germain zu erwirken. Den Antragstellern müsse aber vor Augen geführt werden, daß es nicht angehe, aus diesem Gesamtkomplex eine einzelne politische Frage herauszugreifen und einer selbständigen Lösung zuzuführen.

B.-M. Dr. Grünberger weist in diesem Zusammenhange neuerlich darauf hin, daß die Südbahn im Augenblicke für die Lebensmitteltransporte die wichtigste Verkehrslinie darstelle und sofort die ärgsten Verlegenheiten in der Brot- und Mehlversorgung Wiens und anderer Gebiete entstünden, wenn auch nur eine kurzfristige Stockung eintreten würde.

Der Ministerrat ladet schließlich den Bundesminister für Verkehrswesen ein, den Vertretern des Zentralverbandes der Eisenbahnerorganisationen und dem Aktionskomitee der Südbahnbediensteten die nachstehende Erklärung schriftlich zu überreichen:

„Die Regierung hat verschiedene Vorbereitungen getroffen, um einen Preisabbau bei einer möglichst großen Zahl von Artikeln zu ermöglichen. In allernächster Zeit wird eine eigene Kommission unter Beiziehung der weitesten Konsumentenkreise sich mit der Frage beschäftigen, auf welche Weise den Ursachen der bestehenden Teuerung, insoweit sie nicht allein in der Entwertung unseres Geldes begründet ist, am wirksamsten entgegengetreten werden kann. Es muß übrigens daran erinnert werden, welche ungeheuren finanziellen Opfer der Staat auf sich genommen hat und ständig bringt, um der Bevölkerung die lebensnotwendigsten Artikel zu sichern. Dies war und ist nur möglich, indem der Staatsschatz die gewaltige Differenz zwischen den ausländischen Anschaffungspreisen und einem halbwegs erträglichen Abgabepreis auf sich nimmt. Der von der Regierung schon wiederholt angekündigte Gesetzentwurf gegen die Preistreiberei wird dem Nationalrate bei seinem nächsten Zusammentreten bereits vorliegen. Derselbe enthält unter anderem Strafandrohungen, die bis zu 10 Millionen Kronen, und Freiheitsstrafen, die bis zu 10 Jahren schweren Kerkers verhängt werden können. Auch enthält dieser Gesetzentwurf Strafbestimmungen zur Bekämpfung des übermäßigen Aufwandes an Bedarfsgegenständen, an denen Mangel herrscht.

Die Regierung hat ferner schon jetzt die Staatsanwaltschaften angewiesen, einer Verletzung der bestehenden Vorschriften zum Schutze der Bevölkerung gegen Ausbeutung auf das schärfste entgegenzutreten, insbesondere sträfliche

Preissteigerungen mit allem Nachdrucke zu verfolgen und gegen unbegründete Freisprüche oder zu milde Bestrafungen die zulässigen Rechtsmittel zu ergreifen.

Was die zum Friedensvertrage aufgeworfenen Fragen betrifft, so kann die Regierung nur darauf hinweisen, daß sie, wie allgemein bekannt, unausgesetzt und mit dem größten Nachdrucke bemüht ist, eine Milderung jener drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages, die unser wirtschaftliches Leben so sehr erschweren, und eine solche Durchführung des Vertrages bei der Entente zu erreichen, welche die Lebensfähigkeit Österreichs ermöglicht.“

2.

Forderungen der Angestellten des Postsparkassenamtes, des Münzamtes und der Staatsdruckerei.

B.-M. He i n l berichtet, daß unter den Angestellten des Postsparkassenamtes wegen Nichterfüllung ihrer, dem Ministerrate in der Sitzung vom 22. Dezember d. J. zur Kenntnis gebrachten Forderungen ein Teilstreik ausgebrochen sei. Durch dieses Mittel solle in erster Linie die Gewährung von Geldzuwendungen erzwungen werden. Da solche nach der finanziellen Lage des Staates ausgeschlossen erscheinen, beabsichtigte Redner sich in keine weiteren Verhandlungen einzulassen, sondern im Falle eines Andauerns des Ausstandes gegen die streikenden Angestellten von den disziplinären Mitteln Gebrauch zu machen.

B.-M. Dr. G r i m m bemerkt anschließend daran, daß auch im Münzamte und in der Staatsdruckerei die passive Resistenz unter den Angestellten anhalte. Dessenungeachtet habe er aber die vor Ausbruch der Bewegung angeordnete neuerliche Auszahlung der Angleichungsbeträge für den Monat Dezember aufrechterhalten, da die gleichen Beträge auch den übrigen Staatsangestellten zugekommen seien und daher in diesen Zahlungen keine Sonderbehandlung des Personales des Münzamtes und der Staatsdruckerei liege.

Der Ministerrat nimmt die Mitteilungen der beiden sprechenden Minister zustimmend zur Kenntnis.

Ministerratsprotokoll Nr. 23a vom 24.12.1920, Mitschrift b einbezogen

Breisky: Mit Rücksicht auf Ergebnis der gestrigen Besprechung mit Streikkomitee der Südbahnbediensteten wurde Ministerrat einberufen. Die Forderungen überschreiten alle Vollmachten einzelner verhandelnder Minister. Die finanziellen Forderungen sind zurückgetreten und sie wollen einen 50%igen Preisabbau und Anschluss an Deutschland. Bei näherer Betrachtung hat sich ergeben, sie verlangen ausdrückliche Maßnahmen zum Preisabbau. Anschluss an Deutschland ist in den Hintergrund getreten.

Pesta: Nachdem Vizekanzler schon angedeutet hat, nach welcher Richtung die Forderungen gegangen sind und ich gestern schon das Memorandum von vorgestern dem Ministerrat zur Kenntnis gebracht habe, erübrigt nicht viel als das, was vielleicht zwischen den Zeilen und hinter den Kulissen abspielt, zu beleuchten. Die ganze Bewegung auf der Südbahn war ausgegangen von den Forderungen nach einer Weihnachtsremuneration von 2000-1800 K. Diese materielle Forderung war aber schon in dem Memorandum, das mir überreicht wurde, nicht mehr enthalten und hat auch bei den gestrigen Verhandlungen mit Streikkomitee keine wesentliche Rolle gespielt. Ein einziges Mitglied hat versucht, irgendetwas Materielles zu erreichen, ich habe aber zurückgewiesen und dass das, was durch den Zentralausschuss verkündet wurde, als letzte Unterstützung der Regierung unter keinen Umständen überschritten werden kann. Sie haben sich wesentlich auf eine Formulierung ihrer Forderung zurückgezogen, die durch eine solenne Regierungserklärung gewissermaßen apodiktisch werden soll. Die gestrige Formulierung durch das Streikkomitee und den beiden Gewerkschaftsführern, Müller und S. vorgelesen wurde, war etwas schärfer als heute als authentischer Text in der Arbeiterzeitung steht. Aus den Forderungen ist ersichtlich, dass die ganze Bewegung auf der Südbahn rein in das politische Gebiet herein getragen ist und ressortmäßige Maßnahmen kaum zu einem Erfolg führen werden. Ich muss dem Ministerrat die Schlussfassung überlassen, inwieweit dieser Forderung auf Abgabe der Erklärung Rechnung getragen werden kann. Ich meine, dass eine der Streikleitung gegebene Erklärung nicht allzu tragisch aufzufassen ist nach außen hin. Durch die Publizität des Streiks würde eine solche Erklärung vielleicht nicht gar zu tragisch genommen werden und als aus dem Zwang der Verhältnisse heraus abgegeben erachten.

Heinl: Eine solche Erklärung von uns zu verlangen, ist wesentlich. Wir werden alles Mögliche versuchen, eine Einsetzung der Kommission zum Abbau der Preise, dass man die Wuchergesetzgebung sehr beschleunigt, man kann auf die vorbereitete Vorlage verweisen. Aber wir können doch nicht pro forma eine Erklärung abgeben über den Anschluss an Deutschland, das ist eine hoch politische Sache, die uns die Ernährungshilfe der Entente wegnimmt.

Pesta: Die beiden Herren der Gewerkschaft hatten das Bestreben, da sie die Südbahner nicht in der Hand haben, dort einzulenken, dass es nicht zum Streikausbruch kommt. Besonders Müller hat den Vermittlungsantrag gestellt, sich mit einer Regierungserklärung zufrieden zu geben. Die Erklärung wurde verfasst und in ihrer Arbeiterzeitung schon abgeschwächt.

Breisky: Der Eindruck war der, dass die wilden Streikführer der Südbahn nicht mehr in der Hand der Gewerkschaft sind. Sie haben verwiesen darauf, dass in Prag infolge eines Krawalls auch die Schuhpreise auf die Hälfte herabgesetzt wurde. Höchstpreise würden die Waren verschwinden machen und wenn die Vorräte ergriffen werden sollten, so würde doch nichts mehr nachgeschafft werden. Die Lage ist so, dass, wenn wir ihnen sagen, wir können eine solche nicht abgeben, so wäre Mitternacht die Südbahnstrecke gestanden. Wir glaubten den Weg gehen zu müssen, dem Kabinett die Sachlage vorzutragen und die Schlussfassung einzuholen. Ich meine, dass eine Erklärung, wir wollen alles tun um Preistreiberei und Wucher zu bekämpfen ohne weiteres abzugeben. Ich habe auch auf Vorlage über Preiswucherbekämpfung hingewiesen, das hat aber keinen Eindruck gemacht. Auch die

Ankündigung schärferer Handhabe der bestehenden Vorschriften wurde nicht als genügend bezeichnet.

Grünberger: Besonders erscheint mir jede Erfüllung irgendeiner Forderung als ganz unmöglich. Es ist keine diskutabel. Es scheinen mir aber Forderungen darinnen, die an den Lebensnerv des Staates ergehen. Ich kann doch nicht von den Südbahnern angeregt eine hoch politische Anschlussklärung abgeben. Umso weniger über die Kosten der Reparaturkommission. Ich möchte anregen, ob man nicht die Verhandlungen ganz umdrehen könnte und ihnen auseinandersetzt, diese Forderungen sind so hoch politisch, dass eine Erklärung nichts nützt und es erst in den parlamentarischen Körperschaften beraten wird. Ich würde versuchen ob man nicht eine Beruhigungspause durch Finanzzugeständnisse herbeiführen könnte. Wenn das nicht geht, dann muss man das Ärgste riskieren und die Südbahn streiken lassen.

Breisky: Man müsste sagen, zu dieser von ihnen gewünschten Erklärung sind wir nicht in der Lage. Die Regierung habe das Bestreben, der Preistreiberei mit allen Mitteln entgegen zu treten, sie hat bereits das Gesetz, das zur Kenntnis gebracht wurde, fertig gestellt. Die gewünschte Erklärung abzugeben ist die Regierung nicht in der Lage.

Heinl: Ich glaube, es soll eine Kommission zur Beratung des Preisabbaus mit Zuziehung der Konsumenten eingesetzt werden.

Glanz: Man müsste eine Kommission mit einer kurzen Vorschlagsfrist einsetzen. In der Frage des Preisabbaus: wo gewisse Kreise der Bevölkerung bis in den Mittelstand hinein auf dem Standpunkt stehen, dass von der Regierung zu wenig geschieht, muss Erklärung abgegeben werden, welche den ernststen Willen und Übermaß der Forderungen zeigt.

Heinl: Die Leute wollen keine Fachleute. Wir müssen eine Kommission einsetzen, die sich mit diesen Fragen zu befassen hätten. Einen Termin zu stellen würde uns vor der Öffentlichkeit lächerlich machen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben kein Ergebnis. Die Höhe der Preise hängt direkt mit der Entwertung der Krone zusammen und es können nicht einzelne Fälle herausgegriffen werden. In dem Moment, wenn wir unsere Bezüge aus dem Ausland bekommen, können wir nicht billig abgeben. Gerade durch das künstliche Niedrighalten der Inlandprodukte ist eine solche Wende entstanden. Hätte man früher die Zügel lockerer gelassen, wäre es nicht soweit gekommen. Man müsste sagen, die Regierung ist bereit eine Kommission einzusetzen, bei der Produzenten und Konsumenten Gelegenheit haben werden, Anträge zu stellen in welcher Form die einzelnen Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Alles Übrige müsste man eigentlich ablehnen.

Grünberger: Vor allem müsste man den Leuten klar machen, dass ein Preisabbau ohne Valutabesserung nicht eintreten kann. Vor allem das Beispiel der Kondensmilch beweist das. Es ist richtig, dass die Kondensmilch teurer verkauft wird als sie der Importeur eingeführt hat. Wenn sie aber heute Kondensmilch importieren, so kommt sie heute auf 1 Sfr, also 104 K vor 4 Tagen, heute 98 K. Ich kann nicht einen Vertrag hereinbringen ohne Rücksicht auf den Kurs. Man muss das den Leuten praktisch zeigen. Darauf ist zurückzuführen der Preis des Schweinefetts, Kondensmilch, Reis.

Resch: Ich glaube mit einem Vortrag über die Valuta kommen wir den Leuten nicht bei. Sie wollen, dass die Regierung etwas macht. Ruzicka ist eine unangenehme Auflage des Zelenka. Geschieht es nicht, so steht die Südbahn still. Er ist Egoist, er will einen Erfolg nach Hause bringen. Er will der offiziellen Gewerkschaft mit dem Streik schaden. Es wird das Preistreibereigesetz eingebracht innerhalb eines Monats und in der Zwischenzeit werden die bestehenden Gesetze entsprechend gehandhabt. Man könnte überprüfen und jene Personen, welche Preistreiberei betreiben, entsprechend bestrafen. Auf eine solche Erklärung warten alle Leute, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die mittleren Stände. Der mittlere Stand

erklärt die Regierung als einen Schutzwall für die Preistreiberei. Das können wir nicht ertragen. Dieses Versprechen kann man glatt abgeben.

Mayr: Namens Pesta gebe ich Erklärung ab, dass es sich empfehlen würde, sich nicht auf einen negativen Standpunkt zu stellen, sondern dort, wo es möglich und den allgemeinen Interessen vereinbar ist, den Wünschen entgegen zu kommen. Für das Justizressort handelt es sich um 2 Punkte: der eine bezieht sich auf die Preistreiberei. Diese soll am nächsten Dienstag zwischen den Ministerien abgeschlossen und dem Nationalrat bis zum Zusammentritt vorgelegt werden können. Ich würde es zweckmäßig halten, wenn eine Übersicht der Bestimmungen des Gesetzes hinzugefügt würde. Die Strafen gehen bis 10 Mill. und schweren Kerkerstrafen bis 10 Jahre. Die strafbaren Tatbestände wurden wesentlich vermehrt. Besonders ein Paragraph gegen Vergeudung von Bedarfsgegenständen, die Hinterziehung von Bedarfsgegenständen werden verfolgt, dass der Schutz nicht bloß auf Bedarfsgegenstände sondern auch auf Bedarfsleistungen ausgedehnt wird, gerichtliche Behandlung des Schleichhandels eingeführt, Sicherstellung der Geldstrafen bei Einleitung des Strafverfahrens, Haftung für Geldstrafen ausgedehnt auf alle, Unzulässigkeit des Strafaufschubs. Dieser Inhalt wäre geeignet, die Gemüter zu beruhigen. Außerdem würde Justizministerium in Aussicht stellen können, sofort einen Erlass an die Staatsanwaltschaft hinaus zu geben, welcher im wesentlichen die Aufforderung enthält, einer Verletzung der bestehenden Vorschriften zum Schutz der Bevölkerung gegen Ausbeutung und Sicherung der Versorgung mit Bedarfsgegenständen entgegen zu treten, besonders unbegründete Preissteigerungen zu verfolgen und bei unbegründeten Freisprüchen zulässige Rechtsmittel geltend zu machen. Bezüglich der politischen Fragen, Anschluss an Deutschland, glaube ich, dass die Regierung ihre Kompetenz überschreiten würde, weil das nach der Verfassung Sache der gesetzgebenden Körperschaft ist. Wenn solche Beschlüsse vorliegen, wird Regierung nicht zögern, die Durchführung in die Hand zu nehmen.

Grimm: Ich bin der Meinung wie Resch. Ich glaube, dass die Südbahnarbeiter den Zusammenhang mit der Valuta schon verstehen. Das ist so Allgemeingut geworden, dass unsere zunehmende Valutaentwertung von einem großen Teil der Gewerbetreibenden ausgenützt wird. Die Preise steigen auch wenn die Waren früher eingekauft wurden. Es spielt da die inländische Teuerung mit, die Regiekosten werden teurer.

Heinl: Der Kaufmann muss die Ware doch wieder einkaufen. Er kann für den Erlös nur geringere Menge einkaufen.

Grimm: Er hat doch immer einen Vorsprung.

Heinl: Wenn die Ware im Ausland steigt, so muss er hinaufgehen, sonst bekommt er immer weniger Ware.

Resch: Was macht der Gewerbetreibende dann, wenn die Krone steigt, er bleibt auf dem Preis.

Grimm: Ich bin einverstanden, wenn man ihnen die Maßnahmen der Regierung bekannt gibt. Wir sollen auch mitteilen die Einsetzung einer Kommission, weil das auch von anderer Seite betrieben wird. Das ist der Preis. In der politischen Frage weiß ich nicht, ob man nicht erklären könnte, der Friedensvertrag hat eine ganze Reihe sehr drückender Bestimmungen. Die Regierung begnügt sich eine Milderung dieser drückenden Bestimmungen durchzuführen, es ist aber selbstverständlich, dass wir nicht einzelne politische Forderungen herausgreifen und dazu von vornherein Stellung nehmen können. Ich möchte nur eine absolut negative Auskunft vermeiden. Nur sagen, wir können einzelne politische Forderungen nicht herausgreifen. Die 3. Frage ist die, was hat es für Folgen, wenn der Verkehr eingestellt wird, haben wir solche Reserven, dass wir eine Zeit aushalten können. Haben wir sie, dann würde ich glauben, wir sollen es auch auf die Einstellung des Güterverkehrs ankommen lassen.

Grünberger: Vorräte im Land gibt es heute ebenso wenig als in den letzten Jahren. Es ist tief bedauerlich, dass daran die Aufbringung im Land die größte Schuld trägt. Ich habe 60000 t aufgebracht. Hätte ich 80 aufgebracht, so hätte ich Reserven. Ich bin auf Auslandszuschübe angewiesen. Diese vollziehen sich, solange die Donau kein Eis hat, kommen wenig Schiffe allmählich bis Wien, Da aber auf keinen Fall der Donauverkehr so wie in normalen Zeiten des Frühjahrs und Herbstes ist, müssen wir in Budapest umschlagen und Schiffe auf die Bahn umlegen. Der Verkehr spielt sich jetzt ziemlich klaglos ab. Es kommt über Bruck herein. Von Gewicht ist der Weg der Südbahn aus Jugoslawien ab Leibnitz. Das spielt besondere Rolle, weil wir nicht weniger als 1600 Wagen Mehl in Jugoslawien gekauft haben, um die Verschleißquote ausgeben zu können. Diese Bedeutung hat die Südbahn schon vorläufig. Ich habe weiters einen gewissen Weg aus dem Westen, indem ich sowohl die Schweizer Vorschüsse wie die deutschen Vorschüsse allmählich aus dem Westen über Passau hereinbringe. Wenn die Südbahn ausscheidet, so kann ich das für eine lange Zeitperiode von 8 Tagen nicht überblicken, weil ich nicht weiß, wie die Zuschübe aus Deutschland eintreffen und wie die Schiffssituation sein wird. Nach dieser kritischen Zeit kann ich auf die Südbahn überhaupt nicht verzichten, weil ich den Dampfer aus Triest verfrachten muss. Geht die Versendung über Tarvis Villach Salzburg, dann brauche ich die Südbahn nicht. Ferner habe ich einen Dampfer in Genua liegen in der Entladung. Dazu brauche ich wieder die Südbahn.

Pesta: Ich kann nicht mit 300 km Umweg machen, wir haben keine Wagen.

Grünberger: Für eine ganz kurze Zeit glaube ich, dass die Mehlauschübe aus Jugoslawien ein Klagewetter aus Steiermark hervorrufen würde. Ohne Südbahn kann ich Steiermark nicht versorgen und Steiermark lebt aus den Zuschüben von Jugoslawien.

Breisky: Wäre es im Bereich der Möglichkeit, eine Aushilfe von einem Nachbarland zu bekommen.

Grünberger: Jetzt nicht mehr. Ich habe von den Aushilfen der Schweiz und Deutschland bereits gesprochen. Aus der Schweiz habe ich erst 2/3 im Land, die deutsche Aushilfe hat überhaupt noch nicht angefangen. Die Aushilfe würde über die Ernährungsnot nicht halbwegs helfen. Sie dauert, wenn alles klappt, mindestens 10 Tage.

Pantz: Minister hat erwähnt, dass die Inlandsaufbringung stark zurückgeblieben ist. Könnte nicht auf Bauernbund eingewirkt werden, besser zu laufen. Das Waldviertel klagt, dass die Bauern zugeführt haben, die Müller es aber nicht annehmen, weil sie keine Lagerräume haben.

Grünberger: Es gibt Viertel, wo abgeliefert wird und andere, wo nicht abgeliefert wird. Wo abgeliefert wird, hat sich sogar eine Stauung ergeben, die zu überwinden natürlich nicht in unserer Macht liegt. Ich kann dort keine Lagerräume aufführen. Wir haben mit Unterstützung Pestas die Transporte so eingerichtet, dass möglichst viel weg kommt. Das ist aber nur vereinzelt. Ich glaube, dass in ganz Österreich nicht mehr als 3 oder 4 Zentren mit einer Überfülle zu finden sind, überwiegend sind die Zustände, dass noch immer nicht abgeliefert wird. Sonst wäre es nicht möglich, dass der Prozentsatz so zurückbleibt, auf 110000 t ist erst die Hälfte aufgebracht. Wir denken darüber nach, welche Mittel ergriffen werden könnten, um die Ablieferung zu vollziehen. Bauernbundesbesprechungen wurden versucht. Es ist auch festgestellt, es ist auch eine Besserung eingetreten, aber sie ist weit entfernt von einer wirklichen Hilfe. Der Tageszufluss beträgt höchstens 60 t.

Pesta: Es wird schon von der Tatsache gesprochen, dass es zum Streik kommt. Es ist aber doch Hoffnung vorhanden, dass man eine Brücke, welche von der Gewerkschaft gesucht wird, die auch auf der Südbahn noch eine Macht hat, finden wird. Es muss ja nicht die Regierungserklärung, die vorgeschlagen ist, unterschrieben werden. Wenn man nur auf den Gedankengang der Leute eingeht, die zum Teil auch vom Ministerrat geteilt werden, so

kommt man vielleicht über Schwierigkeiten hinweg. Ich hätte mir gedacht, dass die Regierung alle zweckdienlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Preistreiberei ergreifen wird und zur Prüfung der Zweckdienlichkeit Soforteinsetzung unter Beiziehung der Konsumenten einer Kommission, welche jene Vorschlagsarbeiten hat, wie der notwendige Preisabbau in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann, ob durch Höchstpreise, Beschränkung des freien Handels oder sonstige Maßnahmen. Damit ist die Regierung nur gebunden, die Kommission einzusetzen und die soll sich mit dem Studium befassen. Sie werden sagen, dass die Beschränkung des freien Handels nichts bringt, auch mir den Höchstpreisen nichts erreicht werden kann. Es würde aber auf den Gedankengang der Antragsteller eingegangen.

Resch: Sektionschef hat eine kurze Inhaltsangabe des Gesetzes gemacht. Vielleicht kann man Inhaltsangabe in die Regierungserklärung aufnehmen. Alles, was vorgetragen wurde, würde ich hereinnehmen. Wir würden uns zuviel binden, aber ein Teil könnte aufgenommen werden, damit bindet sich die Regierung nicht zuviel, weil der Nationalrat darüber entscheiden muss, aber es wird einen guten Eindruck machen und Rückzug ermöglichen.

Pesta: Die technischen Bestimmungen waren schon in der Zeitung und wurden auch in der Versammlung vorgelesen. Die Regierung erklärt sich grundsätzlich bereit, mit allen zweckdienlichen Mitteln Maßnahmen zu treffen, zu Prüfung der Zweckdienlichkeit wird eine Kommission eingesetzt, welche Vorschläge auszuarbeiten hat, auf welche Weise der notwendige Preisabbau in Wirklichkeit umgesetzt wird, ob durch Festsetzung von Höchstpreisen das ist etwas, was sie ziemlich energisch wünschen. Wenn ich das Wort gebrauche, so ist kein Präjudiz geschaffen und etwas Wirksames gesagt.

Grimm: Es wäre nur formal richtig, die Regierung hat bereits verschiedene Vorbereitungen getroffen gegen einen Preisabbau in die Wege zu leiten, die Regierung hat das Wuchergesetz ausgearbeitet, sie beschäftigt sich mit Frage der Einsetzung einer Kommission.

Heinl: Diesen Zusammenhang möchte ich weglassen, sonst schaut es aus, als ob die Preise durch den Wucher direkt bedingt wären.

Grünberger: In der Regierungserklärung müsste Rücksicht genommen werden, dass wir als Preisabbau am 2. Jänner die Brotpreiserhöhung einführen will. Man muss auch in der Regierungserklärung sehr vorsichtig sein, sonst wird das der Anlass nach einer telefonischen Nachricht, dass die Hauptwirtschaftsstelle der Eisenbahn angerufen hat, die Küche habe Fleisch bekommen, u.zw. ohne Wissen des Finanzministers auch Rindfleisch, zum größten Teil Schaffleisch. Wenn ich nicht sofort Schaffleisch zurückziehe, treten die Staatseisenbahner in den Streik. Das spielt eine so geringe Rolle, dass ich dazu bereit bin. Es ist aber typisch für die Verhältnisse.

Breisky: Wir können inzwischen die Antwort vorbereiten. Ich stimme Grimm zu, als man nicht unmittelbar den Text der Erklärung wiedergibt, sondern darauf hinzuweisen, die Regierung hat getan und tue, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass sich die Regierung erst unter dem Druck entschließt. Der Friedensvertrag spielt eine so untergeordnete Rolle, dass die vorgeschlagene Fassung ausreicht.

Grimm: Es handelt sich besonders um die Kosten der Reparationskommission.

Grünberger: Man kann sagen, dass derzeit Kreditverhandlungen schaden, die unser ganzes Wirtschaftsleben grundlegend beeinflussen. Die Gewährung der Kredite ist von der strikten Einhaltung der Friedensbedingungen abhängig. Daher doch zu einer Zeit, wo die Kredite nicht erledigt sind, nicht eine Bestimmung gegen den Friedensvertrag herausgegriffen werden kann. Es scheint mir notwendig, die Kreditfrage damit zu verknüpfen.

Resch: Die Entente wird herauslesen, dass der Anschluss gemacht werden soll, wenn die Kredite gegeben sind.

Breisky: Pesta wird namens der Regierung den Leuten die Erklärung abgeben.

Pesta: Die Regierungserklärung muss formuliert werden. Ich würde der Abordnung der Gewerkschaft als dem Streikkomitee die Erklärung übergeben.

Heinl: Gestern früh 8 Uhr ist ein Streik von 2 Stockwerken der Postsparkassa ausgebrochen mit Rücksicht darauf, dass Grimm und ich erklärt haben, dass es ausgeschlossen ist, in einer Form eine Geldzuwendung zu machen. Wie nun die Bundesleitung bei mir erschienen ist und gebeten hat um Zuwendungen von etwa 200 K, habe ich das als ausgeschlossen erklärt. Ich habe einen Erlass an die Beamtschaft gegeben, wo ich verlange, dass sie die Arbeit wieder aufnehmen. Sie haben die Arbeit zwar aufgenommen, aber mit passiver Resistenz eingesetzt. Der G.(Name?) hat mir das mitgeteilt und ich habe ihn zu schärferen Maßnahmen ermächtigt. Wenn die Beamten nicht wollen, so wird man zu Zwangsmaßnahmen greifen. Ich habe auch die Bundesleitung verständigt, dass ich nicht gesonnen bin, eine passive Resistenz oder einen Streik zu dulden. Die wissen nicht, wie sich die Dinge bei der Postsparkassa entwickeln. Ich bin gesonnen, auch einen Streik über den 1. Jänner durchzuhalten und gegen die Schuldtragenden entschieden vorzugehen. Ich weiß nicht, wie die Situation jetzt steht. Wenn Sie Mittag nicht kommen, werde ich weitere Maßnahmen ergreifen. Ich bitte den Ministerrat, sich mit diesem Vorgang einverstanden zu erklären.

Grimm: Bei der Staatsdruckerei ist es analog. Es wird passive Resistenz betrieben. Es erscheint kein Bundesgesetzblatt. Der Druckereileiter hat mich gefragt, ob die gemachten Zugeständnisse, dass die Angleichungsbeträge auch für Dezember flüssig gemacht werden, trotzdem eingehalten werden können. Da es sich um keine außerordentlichen Zugeständnisse handelt, sondern nur um etwas, was alle Arbeiter bekommen haben, habe ich zugestimmt. Es ist kein Zugeständnis, sondern wir haben uns bereit erklärt, den Angleichungsbetrag für Dezember flüssig zu machen. Das haben die anderen Staatsangestellten auch, es war also kein Präjudiz für die anderen Gruppen.

Grünberger: Ich habe auseinandergesetzt, dass gerade für die allernächste Zeit auf die Südbahnarbeiter unter keinen Umständen verzichtet werden kann, weil aber für Wien, von Steiermark gar nicht zu reden, das Mehl und Brot nicht ausgegeben werden könnte. Es würde sich leichter auf die Südbahn verzichten lassen in 10-14 Tage, wenn ich Dampfer aus Triest über Villach bringe und den Dampfer von Genua über den Brenner. Für die nächste Zeit ist die Versorgung auf die Südbahn überhaupt abgestellt.

Pesta: Bei längerer Dauer würde sich die Bedrohung auf die anderen Bahnen und die anderen Arbeiter ausdehnen.

Heinl: Nach den Mitteilungen Pestas haben wir uns zur Meinung durchgerungen, dass wahrscheinlich, wenn die Erklärung nicht angenommen wird, also Bewegung auf die Staatsbahnen überspringt und ebenso auf die Industrien.

Pesta: Die Regierung hat verschiedene Vorbereitungen getroffen, um einen Preisabbau bei einer möglichst großen Zahl von Artikeln zu ermöglichen. In allernächster Zeit wird eine eigene Kommission unter Beiziehung der weitesten Konsumentenkreise sich mit der Frage beschäftigen, auf welche Weise den Ursachen der beständigen Teuerung, insoweit sie nicht allein in der Entwertung unseres Geldes begründet ist, am wirksamsten entgegen getreten werden kann. Es muss übrigens dann erörtert werden, welche ungeheuren finanziellen Opfer der Staat auf sich genommen hat und ständig bringt, um der Bevölkerung die lebensnotwendigsten Artikel zu sichern. Dies war und ist nur möglich, indem der Staatsschatz die gewaltige Differenz zwischen den ausländischen Anschaffungspreisen und den halbwegs erträglichen Abgabepreisen auf sich nimmt. Der von der Regierung schon wiederholt angekündigte Gesetzesentwurf gegen die Preistreiberei wird im Nationalrat bei seinem nächsten Zusammentreten bereits vorliegen. Derselbe enthält unter anderem

Strafandrohung, die bis zu 10 Mill. K und Freiheitsstrafen, die bis zu 10 Jahren schweren Kerkers verhängt werden können. Auch enthält dieser Gesetzesentwurf Strafbestimmungen zur Bekämpfung des übermäßigen Aufwands an Bedarfsgegenständen, an denen Mangel herrscht. Die Regierung hat ferner schon jetzt die Staatsanwaltschaft angewiesen, einer Verletzung der bestehenden Vorschriften zum Schutz der Bevölkerung gegen Ausbeutung auf das schärfste entgegen zu treten, insbesondere sträfliche Preissteigerungen mit allem Nachdruck zu verfolgen und gegen unbegründete Freisprüche oder zu milde Bestrafungen die zulässigen Rechtsmittel zu ergreifen.

Was die zum Friedensvertrag aufgeworfenen Fragen betrifft, so kann die Regierung nur darauf hinweisen, dass sie, wie allgemein bekannt, unentwegt bemüht ist, eine Milderung – sollte man nicht sagen eine Milderung bzw. Abänderung – unserer drückenden Bestimmungen des Friedensvertrages, die unser wirtschaftliches Leben so sehr erschweren, bei der Entente zu erreichen.

MRP Nr. 23 vom 24. Dezember 1920

Beilage zu Punkt 1, [Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Arbeiterzeitung vom 24. Dezember 1920, S. 353 f mit einem Artikel über die Forderungen der Südbahnangestellten

Weiters liegt bei: ...

[Bundeskanzleramt], ohne Zahl, Information über einen angekündigten Gesetzesentwurf gegen Preistreiberei

23.

Sitzungsbogen

Beilagen



Die gewerkschaftliche Hilfsaktion.

Montag den 27. d. und Dienstag den 28. d. werden in den Bezirken, die bei der letzten Warenverteilung nicht mehr berücksichtigt werden konnten, an die gewerkschaftlich organisierten, die von früheren Verteilungen her in der Konsumgenossenschaft Wien oder im Reichswirtschaftsbund der Festangestellten auf die gewerkschaftlichen Lebensmittelsubventionen rationiert sind, gegen Vorrichtung des Gewerkschaftsbuches sowie der Lebensmittelsubventionkarte folgende Waren verteilt: In den Filialen der Leopoldstadt eine Dose Sardinen (350 Gramm) zum Preise von 10 Kronen oder eine Pundbrot-Cornedbeef zum Preise von 15 Kronen; in den Filialen von Margareten eine Dose Sardinen (220 Gramm) zum Preise von 8 Kronen; in den Filialen von Stubbsheim eine Pundbrot-Cornedbeef zum Preise von 15 Kronen und in den Filialen von Hünshaus und der Brigittenau 1/4 Kilogramm holländische Margarine zum Preise von 10 Kronen.

In den Bezirken, die bei der diesmaligen Verteilung infolge Warenmangels nicht berücksichtigt werden konnten, hofft die Gewerkschaftskommission demnächst zu erhaltende Waren verteilen zu können. Die Arbeitslosenzellen werden, nach Bezirken geordnet, in den nächsten Tagen separat verteilt.

Die Weihnachtsaushilfe der städtischen Angestellten.

Im Stadtsenat berichtet Donnerstag Personalreferent Stadtrat Speier über den an jene städtischen Angestellten, die der Dienstordnung unterliegen, zu gewählter Gehaltsvorzuschuß im Betrag von 1200 Kronen. Er erinnerte, daß ähnliche Zuschüsse an die entsprechenden Gruppen der Staatsangestellten in den letzten Monaten gegeben worden sind, so daß die Gemeinde ihren Angestellten diese Zuschüsse nicht vorenthalten könne. Die Nachzahlungstermine werden so wie beim Staat bemessen. Sollte der Staat von einer Nachzahlung der Zuschüsse absehen, so wird die Gemeinde sicherlich daselbstbehalten. Zu Linzmeister verfügte die sofortige Auszahlung dieser Beträge.

Weiter berichtet Speier über die Auszahlung der gleitenden Zulagen bei den Straßenbahnen, die bisher am ersten jeden Monats durch eine paritätische Kommission bestimmt und am fünfzehnten des nächstfolgenden Monats ausbezahlt wurden. Er stellte den Antrag, diesen Auszahlungstermin dahin abzuändern, daß die gleitenden Zulagen immer am fünfzehnten desselben Monats in ihrer Höhe festgelegt werden und anzumessen seien. Der Auszahlungstermin für die gleitende Zulage für Jänner fällt daher diesmal in den Dezember.

Die Bewegung auf der Südbahn.

Die Vertrauensmännerversammlung der Südbahner.

Donnerstag um 8 Uhr früh fand im Wiener Südbahnhof eine Vertrauensmännerversammlung der Südbahner der Strecke Wien bis Maylandsdorf statt, die sich mit den Beschlüssen der Plenarversammlung der Wiener Vertrauensmänner vom Mittwoch beschäftigte. Landtagsabgeordneter Müller und Sekretär Somitsch von der Zentrale der Südbahnerorganisationen vertraten in längerer Ausführungen den Standpunkt der Plenarversammlung der Vertrauensmänner und wiesen darauf hin, daß ein Preisabbau, dessen Notwendigkeit und Dringlichkeit allgemein anerkannt werde, nicht bis zum 24. d. durchzuführen sei. Aus diesem Grunde müsse daher auch von einem befristeten Ultimatum abgesehen werden.

In der hierauf folgenden sehr erregten Debatte, an der sich die meisten Vertrauensmänner beteiligten und die bis mittags dauerte, vertraten fast alle Redner den Standpunkt, daß auch die Südbahner ganz gut begreifen, daß ein Abbau der Preise nicht sofort vorgenommen und insbesondere nicht von der Regierung dekretiert werden könne. Was aber von der Regierung verlangt werden müsse, seien bindende Zusicherungen, daß endlich Maßnahmen ergreifen werden, um den immerwährenden Preiserhöhungen ein Ziel zu setzen. Vor allem sei eine strengere zentrale Bewirtschaftung bei den verschiedenen Lebensmittel- und Bedarfsartikeln notwendig. Auch müsse darauf gebrungen werden, daß die Landwirte das vorgeschriebene Getreidekontingent restlos und rasch abgelieferten. Auch eine strengere Handhabung der Vorschriften zur Bekämpfung des Wuchers und der Preistreiber müsse verlangt werden. Es wurde von den meisten Rednern erklärt, daß sie, um aus dem Elend, in das der demohkratische Staat immer mehr versinkt, herauszubekommen, den Anschluß an Deutschland wünschten. Gleichzeitig wurde erklärt, daß die Wiener-Neufährer Südbahner ihre Forderungen finanzieller Natur zurückgestellt haben und sich den Forderungen ihrer Wiener Kollegen nach energischen Maßnahmen zu einem Abbau der Preise anschließen.

Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, die Forderungen der Regierung bekanntzugeben und zu verlangen, daß noch Donnerstag die Verhandlungen daüber aufgenommen werden. Sollte die Regierung nicht in der Lage sein, bestimmte Zusicherungen zu geben, so wird Freitag mittag auf der Südbahn der gesamte Verkehr eingestellt. Es wurde dann ein Komitee eingesetzt, das die Verhandlungen mit der Regierung zu führen hat. In der Versammlung wurde auch von den meisten Rednern auf die erregte Stimmung unter dem Südbahnpersonal hingewiesen, die auf die allgemein drückende Notlage und auf die Unfähigkeit der Regierung zurückzuführen ist.

Die Verhandlungen mit der Regierung.

Donnerstag um 6 Uhr abends begannen im Verkehrsministerium die Verhandlungen mit der Regierung, an denen Verkehrsminister Pesta, Ernährungsminister Gänzlberger und Vizelandtagspräsident Freisly teilnahmen. Von der Gewerkschaft der Südbahner waren Abgeordneter Adolf Müller und Sekretär Somitsch, vom Komitee der Südbahner Augusta, Böhmer, Schürer, Pögl und Trimmel anwesend. Verkehrsminister Pesta erklärte, über die Forderungen keine verbindliche Erklärung abgeben zu können. Da das Verhandlungskomitee der Südbahner bestimmte Forderungen verlangte, einigte man sich auf Vorschlag des Ministers Pesta darauf, daß heute Freitag vormittag eine Sitzung des Kabinettsrates stattfinden habe, in der eine Regierungserklärung beschlossen werden soll. Als Grundlage für diese Beratungen unterbreitete das Komitee der Südbahner die folgenden Forderungen: Die Regierung erklärt sich grundsätzlich bereit, sofort mit allen zweckmäßigen Mitteln Maßnahmen für den Abbau der Preise zu treffen. Sie wird im Einvernehmen mit den Konsumentenorganisationen mit sofortiger Wirksamkeit Höchstpreise für die verschiedenen Warengruppen festsetzen. Sie wird ferner den freien Handel in der entsprechenden Weise beschränken und für einen Ausbau der Wucherergesetzgebung Sorge tragen, weiter soll eine Aufhebung des Unschlufverbots erwirkt und die Reparationskommission aufmerksam gemacht werden, daß unter Land die hohen Kosten ihrer Tätigkeit nicht ertragen könne.

Eine Weisung an die Südbahner.

Das Verhandlungskomitee der Südbahner hat auf Grund dieser vorläufigen Verhandlungsergebnisse telegraphisch folgende Weisung an alle Südbahnstationen hinausgegeben: Regierungserklärung erfolgt morgen. Gesamtverkehr bis auf Einlangen weiterer Weisungen aufrecht erhalten. Augusta, Böhmer, Pögl, Trimmel.

Die Nord- und Nordwestbahner gegen einen Streik.

Die Vertrauensmänner der Nord- und Nordwestbahn verurteilten in ihren Sitzungen Donnerstag die Streikabsicht der Südbahner. Die Nordwestbahner beschloßen folgende Resolution:

Die am 23. d. im Gewerkschaftszimmer Nr. 10 im Nordwestbahnhof abgehaltene Versammlung der sozialdemokratisch organisierten Vertrauensmänner von Wien bis Stadlerau beschloß, sich dem wilden Streik nicht anzuschließen. Die Versammlung sieht auf dem Standpunkt, dem Beschluß der Plenarversammlung vom 22. d. zuzustimmen und erwidert die Zentrale, die Forderungen der Gewerkschaft mit Rücksicht beim Ministerium durchzuführen. Um die Geburt der Eisenbahner nicht vollends und allerorts zum Reigen zu bringen, sind sofort die Wucherergesetze gegen die großen und kleinen Preistreiber mit aller Strenge anzuwenden und den Preisabbau ehestens herbeizuführen.

Verthob König, Stephan Ruch, Johann Schwab, Johann Wolf.

Die Nordbahner richteten an die Südbahner folgendes Schreiben:

An den Stationsauschuß der Südbahn!
Die am 23. d. unter äußerst zahlreicher Beteiligung der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner aller Kategorien des Bahnbetriebsamtes Wien-Nordbahn abgehaltene Versammlung hat in Verantwortung Ihrer Zucht über Ihre Forderungen einstimmig folgende Entscheidung gefaßt:

In Anbetracht des Umstandes, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Aktion ohne Zustimmung der Zentrale und der maßgebenden Hauptvertrauensmänner eingeleitet werden soll, steht sich das gesamte Nordbahnpersonal durch seine Vertrauensmänner genötigt, Ihnen mitzuteilen, daß es vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Disziplin und in Erwägung der ungewissten aus Ihrer Aktion erwachsenden Weiterentwicklungsmöglichkeiten nicht in der Lage ist, sich mit den von Ihnen in Aussicht genommenen Maßnahmen solidarisch erklären zu können.

Mit sozialistischem Parteigrüß: Barthelgy.

Der Streik der Nordbahnarbeiter beendet.

Die Stations-, Heizhaus- und Magazinarbeiter der Nordbahn haben, nachdem wegen der aufgeregten Forderungen eine Einigung erzielt wurde, die Arbeit Donnerstag früh wieder aufgenommen.

Die Lohnbewegungen.

Die passive Resistenz der Staatsarbeiter. Die Arbeiter in der Staatsdienererei, Wiener Zeitung und im Müllamt verharren weiter in der passiven Resistenz. Die Regierung tut nicht das mindeste, die Bewegung, die sie durch ihr unsoziales Vorgehen hervorgerufen hat beizulegen. Wenn die Arbeiter ihre erfüllbaren Forderungen nicht bald befriedigt erhalten, werden sie sich gezwungen sehen, nach Weihnachten in den Ausstand zu treten.

Zur Lohnbewegung der Damen Schneider. Nach langen Verhandlungen mit der Vereinigung der Damen Schneidermeister und Meisterinnen Wiens und dem Verband der Schneider wurde Donnerstag vormittag folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeiterchaft in der ersten Klasse erhält eine 60prozentige, in der zweiten Klasse eine 60prozentige und in der dritten Klasse eine 40prozentige Erhöhung der

berzeitigen Gesamtlöhne. Die Wochenlöhne in der ersten Klasse betragen daher: Arbeiter 1462-27 Kronen, Zäckerarbeiterin 1109-76 Kronen, selbständige Arbeiterin 809-47 Kronen, Hilfskräfte bekommen nach der Ausleihe einen Wochenlohn von 391-64 Kronen, sechs Jahre nach der Beizzeit 744-80 Kronen. In der zweiten Klasse betragen die Löhne in der selben Reihenfolge 1117-44, 846-62, 682-08, 305-76 und 599-62 Kronen und in der dritten Klasse 987-84, 713-26, 471-36, 405-60 und 405-69 Kronen. Die Nachzahlung wird gewährt in der ersten Klasse ab 13. d. und in der zweiten und dritten Klasse ab 19. d. In Betrieben, wo die Nachzahlung schon vor einem früheren Termin geleistet wurde, und bei Firmen, die finanziell in der Lage sind, die Nachzahlung zu einem früheren Termin zu leisten, bleibt es der freien Vereinbarung zwischen Firma und Arbeiterschaft überlassen.

Lohnbewegung der Versicherungsangestellten. Die Zahlungsverhältnisse bei den Versicherungsanstalten waren in den letzten beiden Jahren durch Kollektivverträge geregelt, die, da sie immer wieder durch die steigende Teuerung überholt wurden, eine Reihe von Ergänzungsverträgen zur Folge hatten. Die Kollektivverträge gehen am 31. d. zu Ende. Infolgedessen hat der Verein der Versicherungsangestellten Oesterreichs eine vollständige Reform der Bezahlung für die Versicherungsanstalten ausgearbeitet und die Vorschläge vor einigen Tagen dem Verband der Versicherungsanstalten überreicht. In der Befolgungsform wird ein Gehaltschema vorgeschlagen und außerdem eine gleitende Teuerungszulage sowie Familien- und Kinderzulagen. Die Vorschläge, die die Angestellten auf Grund dieser Vorschläge erhalten sollen, würden eine wesentliche Erhöhung gegenüber dem jetzigen Zustand erfahren. Gegenwärtig bilden die Vorschläge der Organisation der Versicherungsangestellten im Unternehmerverein den Gegenstand von Beratungen und es dürften die Verhandlungen mit der Organisation der Angestellten nach Weihnachten aufgenommen werden. Für den Fall, daß die Verhandlungen bis 31. Dezember nicht beendet werden sollten, wurde die Vereinbarung erzielt, daß am 1. Jänner 1921 ein Zwölftel der Gesamteinzugs des Jahres 1920 als Voranschlag auf die zu vereinbarenden Bezüge ausbezahlt wird.

Die gleitende Zulage in der Kaffee- und Kakao-Industrie. Donnerstag wurde in einer Sitzung im Industriehaus unter dem Vorsitz Dr. Kaisers die gleitende Zulage neu festgelegt: Von der Lohnwoche an, die nach dem 15. d. beginnt, wird die gleitende Zulage um 160 Prozent erhöht, das ist von dem Gesamtstundenlohn eine Lohnerehöhung von 80 Prozent. Der Zentralverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter wird den in Betracht kommenden Vertrauenspersonen noch im Laufe der nächsten Tage die einzelnen Lohnsätze bekanntgeben.

Teuerungszulagen im Schilder- und Schreinerhandwerk. Seit 4. d. bemühen sich die Arbeiter dieses Berufes, eine Lohnaufbesserung zu erhalten. Die Unnachgiebigkeit der Meister hatte zur Folge, daß die Gehälter von Montag an über gewöhnlich berechneten Forderungen in energischer Weise nachdruck verleihten mußten. Die Lohnbewegung wurde Donnerstag beendet. Auf die bestehenden Stundenlöhne wird folgende Teuerungszulage bezafßt: Vom Montag den 20. d. an für Ausgelernte und Hilfsarbeiter 2 Kronen, für Gehilfen von zwei bis vier Jahren nach Vollendung der Lehrzeit 2-70 Kronen, für Vollgehilfen 3 Kronen. Vom 2. Jänner 1921 an werden weitere Zulagen gewährt: Für Ausgelernte und Hilfsarbeiter 3-40 Kronen, für Gehilfen von zwei bis vier Jahren nach Vollendung der Lehrzeit 3-70 Kronen, für Vollgehilfen 4-50 Kronen. Die Mindeststundenlöhne betragen demnach vom 20. d. an 11-60, 15-80 und 18-50 Kronen, vom 2. Jänner 1921 an 15, 19-50 und 22 Kronen.

Gehaltsregelung für die Rechtsanwaltsanwärter. Die Rechtsanwaltsanwärter in Wien haben vor längerer Zeit eine Gehaltserhöhung gefordert. Die Rechtsanwaltskammer hat nun am 15. d. folgende Mindestmonatsgehälter in Wien festgelegt: für Anfänger 1600 Kronen, für Anwärter mit einer mindestens einjährigen Praxis, in die auch eine Gerichtspraxis bis zu sechs Monaten eingerechnet wird, 2200 Kronen, für Anwärter mit Substitutionsberechtigung 3000 Kronen. Daneben ist an Anwärter, die mindestens sechs Monate in derselben Kanzlei beschäftigt sind, am 1. April und am 1. Oktober ein Anschaffungsbeitrag im der Höhe des letzten Monatsgehalts auszubehalten. Am Jahresende ist eine Jahresremuneration im gleichen Ausmaß zu geben. Die Erhöhung gilt vom 1. d. an, doch wird den Rechtsanwältinnen empfohlen, die Bezüge schon vom 1. November an gelten zu lassen. Der Konzipientenverein hat diese Zugeständnisse angenommen.

Fleischabgabe. In der kommenden Abgabewoche gelangt in Wien zum Teil frisch geschlachtetes oder jugo laudisches Rindfleisch, zum Teil Geziertrindfleisch zu den Preisen der billigen Woche zur Abgabe. Es erhalten alle Haushaltungen 10 Deigramm für den Kopf zum Preise von 5 Kronen für Vorderes, 5-40 Kronen für Hinteres und 6-90 Kronen für Bratenfleisch. An die Haushaltungen, die bei Fleischhauern rationiert sind, deren Familienname oder Firma mit den Angebuchstaben A oder Z zurück bis 8 (teilweise) beginnt, wird frisch geschichtetes oder jugoslawisches, an die übrigen Geziertrindfleisch abgegeben.

Süßholzwabgabe. Im Laufe dieser und der folgenden Woche erfolgt in den Wiener Verkaufsstellen die Ausgabe von Saccharin für November. Als Monatsmenge wird ein Saccharinpadung mit T3 mit etwa 100 Tabletten, auf Zusatzarten für begünstigte Verbrauchergruppen eine weitere Saccharinpadung T3 mit etwa 100 Tabletten abgegeben. Wie für September wird auch bei der diesmaligen Saccharinabgabe die Grundkarte der Frauen, schwangeren Frauen, stillenden Mütter und Kinder bis zu sechs Jahren mit Weizengrader eingeleist. Die Abgabe erfolgt auf Grund der Dezemberzusatzkarten, so daß gegen Vorweg derselben Karte außer der Zusatzkarte von 50 Deigramm Weizengrader und Kinder unter sechs Jahren, schwangere Frauen und stillende Mütter außer ihrer Zusatzkarte von 25 Deigramm Weizengrader noch die auf die Grundkarte (Abschnitt 21 und 22 des amtlichen Einlaufscheines) entfallende Zusatzmenge von 20 Deigramm Weizengrader erhalten.



Der Raubüberfall bei der tschechischen Gesandtschaft. Bei dem Raubüberfall im Gebäude der tschechischen Gesandtschaft wurden, wie nunmehr festgestellt, gestohlen: 1.849.100 Kronen in österreichischem gestempeltem Gelde, an fremden Wärlaten: 3047 tschechische Kronen, 40 Bel, 200 Kronen jugoslawisches Geld und 20.000 Kronen in ungestempelten österreichisch-ungarischen Banknoten. Auf Angaben, die zur Ermittlung des Täters führen, ist eine Belohnung von 10.000 Kronen von zehn Prozent des zustandegebrachten Wertes angesetzt.

Hunderttausend Kronen verjagt. Die Holzgroßhandlungsfirma Josef Stadler, Alsterstraße Nr. 23, machte die Anzeige, daß der bei ihr als Comptoirist angestellte 21jährige Rudolf Hofmayer, Ungargasse, 148.000 Kronen unterschlagen habe. Das Geld hatte er beim ersten Wiener Konsumverein eingehoben, dann war er einige Tage aus dem Geschäft ausgeblieben und auch nicht in seine Wohnung gekommen. Dienstag wurde er verhaftet. Er hatte nur noch 40.000 Kronen bei sich. Den größten Teil des Geldes hat Hofmayer in Vergrüßungslokalen in sinnloser Weise verausgabt.

Die ungarische Gesandtschaft verhilft Verbrechern zur Flucht.

Wie wir berichteten, standen Mittwoch vor dem Schöffengericht zwei ehemalige Gefängnisaufseher des Wiener Landesgerichts als Angeklagte, weil sie am 18. Juli drei Häftlingen zur Flucht verholfen haben. Die Geschädigten sind der ungarische Weisgardist Clemer Hausler, der unter der Anklage des Menschenraubes stand, weil er nach Wien entflohene ungarische Revolutionäre gewaltsam nach Ungarn verschleppen und dort dem Fenster ausliefern wollte; der wegen Diebstahls und Veruntreuung zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilte Ignaz Harry Schön und der mehrfache Einbrecher Karl Sogla, Clemer Hausler verleitete die beiden Aufseher, junge, geistig schwerfällige Bauernburschen, dazu, ihm und den beiden anderen die Flucht zu ermöglichen, indem er ihnen vorpiegelte, daß er Millionär sei, in Ungarn große Fabriken habe und den beiden in seinen Fabriken glänzende bezahlte Stellen verschaffen werde. Der Einbrecher Sogla wurde mitgenommen, weil er durch Zufall von den Vorbereitungen zur Flucht Kenntnis erlangt hatte und verhindert werden mußte, daß er die Sache vorzeitig ausdecke. Die beiden Aufseher, die von Clemer Hausler hinterher um ihren Lohn geprellt wurden — den Wasner ließ Hausler in Budapest einfach sitzen und den Wöner betrog er schon in Wien —, haben ihre schwere Pflichtvergessenheit mit Kerkerstrafen von vier und zwei Jahren zu büßen.

Weit interessanter als die beiden beschränkten Aufseher ist zweifellos die schon eindeutige Rolle, die die sattem bekannte und unbegreiflicherweise noch immer gebildete ungarische Gesandtschaft in der Sache spielte. In der Verhandlung erklärte der Schöffe A. J. S. J., daß die ungarische Gesandtschaft mit auf die Anklagebank gehöre, da ohne ihre Mitwirkung dieses Verbrechen unmöglich gewesen wäre. Die drei Entflohenen gingen nämlich mit dem Aufseher Wasner vom Landesgericht direkt zum Gebäude der ungarischen Gesandtschaft, wo sie von der Frau des Hausler, die gemeinsam mit Hauslers Rechtsanwalt Dr. Meltinger schon alles zur Flucht vorbereitet hatte, erwartet wurden. Hausler ging in die Gesandtschaftskanzlei und brachte von dort in wenigen Minuten vier Reisepässe zur Fahrt nach Ungarn mit. Die Fahrt nach Ungarn wurde im Auto bewerkstelligt. Die Pässe waren offensichtlich schon vorbereitet; Hausler bekam einen auf seinen Namen, obwohl der Gesandtschaft sehr gut bekannt war, daß er sich wegen Menschenraubes in Haft befand. Der Dieb Schön, der Einbrecher Sogla und der treulose Aufseher Wasner bekamen Pässe mit fingierten magyarischen

Namen. Der Pass, den der Einbrecher Sogla benutzte, lautete auf Ivan Dorvath, der des Schön und des Wasner auf ähnliche ungarisch klingende Namen. Bedenkt man, welche Schwierigkeiten ein ehrlicher Mensch hat, um in den Besitz eines Passes zu gelangen, und hält man dagegen, daß der Verbrecher Hausler in der ungarischen Gesandtschaft binnen wenigen Minuten nicht nur für sich selbst einen Pass erlangen konnte, sondern gleich drei weitere Pässe für Personen, die gar nicht selbst in der Gesandtschaft erschienen, sondern im Raubhaus warteten, daß also diese Gesandtschaft solche Dokumente für die ihr zulaufenden Verbrecher schon parat halten muß, so ist ihre Mithilfe an der Flucht und der Verhüllung von drei Justizhäusern und eines eidergeessenen Gerichtsgestellten offenkundig und durch keinen Countontischen Notariatsakt wegdiskutierbar. Wozu noch kommt, daß sich im Verlauf der Verhandlung herausstellte, daß der Menschenrauber Wasner aus der Gesandtschaft mindestens hunderttausend Kronen mitbrachte und man so erwarten konnte, daß diese saubere, den Justizhelfer gemeiniglichlicher Verbrecher bildende „Gesandtschaft“ die lichtschneuesten Gauner aus Mitteln des ungarischen Staates für ihre Verdienste belohnt und mithilft, solche Subjekte der Justiz zu entziehen.

Es mußte der ungarischen Gesandtschaft bekannt gewesen sein, daß Clemer Hausler aus dem Landesgericht entflohen ist — sie wurde zweifellos schon von Frau Hausler informiert, daß die Flucht geplant sei —, daß er zwei ihre Straße verlassende Verbrecher und einen Aufseher, der sich ebenfalls eines schweren Verbrechens schuldig machte, mitnahm, und diese sonderbare Vertretung eines „befreundeten Nachbarstaates“ schuf die Möglichkeit zur Flucht durch Bestellung von Geld und falschen Pässen mit einer sonst ungewohnten Eile. Die Mitwisserschaft und Mithilfe der Gesandtschaft geht auch schon daraus hervor, daß Hausler bereits viele Tage vor der Flucht seinen zwei Zellengenossen und den beiden Aufsehern die Bestimmung der notwendigen Pässe mit vollster Bestimmtheit zusichern, sich seiner Beziehungen zur Gesandtschaft rühmen konnte, was, wie sich erwies, keine Prahlerei war, da es tatsächlich möglich war, daß die vier schon wenige Stunden, nachdem sie ausgebrochen waren, im ungarischen Aurore Sauerbrunn ankamen.

Diese Tatsachen sind gerichtsbekannt und diesen Gesandten Dr. Gray würde jede Regierung, die auf Würde hält, nun ohne Verzug einladen, sein Vändel zu schütren und die Stadt zu verlassen.

Sichert euch die Staatsbürgerschaft durch Option!

Die Optionsfrist geht bald zu Ende.

Da der Friedensvertrag von Saint-Germain auch Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft enthält, bewirkt er, indem er in Kraft getreten ist, auch den Verlust von Staatsbürgerschaften.

1. Es werden nun die Staatsbürgerschaft verlieren alle Personen, die das Heimatsrecht in einer Gemeinde besitzen, welche nach dem Gebietsgesetz vom 22. November 1918 zur Republik Deutschösterreich gehörte, nach dem Friedensvertrag aber von ihr abgetreten wurde (Deutschböhmen, Deutschmähren, Schlesien, Südböhmen, Südböhmern u. s. w.). Diese Personen hatten bekanntlich keine Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben und halten vorweg als Deutschösterreicher. Nun sind sie nicht mehr Deutschösterreicher und gelten als Ausländer.

2. Bei den Personen, die, ohne in einem Gebiet der Republik zuständig zu sein, durch die Staatsbürgerschaftserklärung Deutschösterreicher geworden sind, steht die Sachlage so, daß sich die Behörden und mit ihnen der Verwaltungsgerichtshof auf den Standpunkt stellen, daß die Staatsbürgerschaftserklärung durch den Friedensvertrag wirkungslos geworden ist, daß also auch diese Personen, die seinerzeit die Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben haben, durch den Friedensvertrag nun Ausländer geworden sind.

Alle diese Personen, sowohl die aus dem Gebietsgesetz wie die durch eine Staatsbürgerschaftserklärung zu Deutschösterreich Gewordenen, die also jetzt Ausländer geworden sind,

Können die österreichische Staatsbürgerschaft nur durch Option erwerben.

Die Option bedeutet, daß sie sich um die österreichische Staatsbürgerschaft bewerben müssen.

Wer muß also optieren? Wer heute noch in einer Gemeinde der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns (mit Ausnahme des Burgenlandes), Jugoslawiens, Südböhmen zuständig ist und österreichischer Staatsbürger werden will,

muß bis längstens 15. Jänner 1921 optieren, auch wenn er die Staatsbürgerschaftserklärung abgegeben hat.

Wo optiert man? Die Option erfolgt in Wien bei den magistratischen Bezirksämtern und im neuen Rathaus, Konstitutionsamt, in der Provinz bei der Bezirkshauptmannschaft.

Was benötigt man zur Option? Zur Geltendmachung des Optionsrechtes ist der Tauf- und Geburtschein, der Heimatschein oder das Arbeitsbuch, der Meldzettel und bei Verheirateten der Trauungschein, ferner ein Zeugnis über den Besuch einer deutschen Schule oder ein Auszug aus den Volkszählungsbeständen zum Nachweis, daß sich der Optant zur deutschen Umgangssprache bekannte, beizubringen. Die Auszüge aus den Volkszählungsbeständen sind in der Magistratsabteilung 50, Konstitutionsamt, in Wien und in der Provinz bei den Bezirkshauptmannschaften jenes Ortes, an dem man sich bei der letzten Volkszählung 1910 eingetragen hat, erhältlich.

Wer nicht optiert, bleibt Ausländer, kann ausgetrieben werden, und verliert sein Wahlrecht für alle künftigen Wahlen!

Auskünfte über die Staatsbürgerschaft und Option erteilen kostenlos unsere folgenden Bezirkssekretariate:

- Leopoldstadt: Kovarogasse Nr. 29, 1. Stod.
- Randstrasse: Hauptstraße Nr. 99, 3. Stiege, 1. Stod.
- Margareten: Rohlgasse Nr. 27, Parterre, Tür 2.
- Mariahilf: Gumpendorferstraße Nr. 62, im Hofe links, Parterre.
- Neubau: Hermannsgasse Nr. 2 (Privatlokal).
- Josefstadt: Josefsbaderstraße Nr. 29, 2. Trakt, 1. Stod links.
- Alsergrund: Ruhgasse Nr. 4.
- Favoriten: Dogenburgerstraße Nr. 10, Mezzanin, Tür 5c.
- Simmering: Drischbaggasse Nr. 4.
- Meidling: Eichenstraße Nr. 50.
- Döbling: Wilsbinderstraße Nr. 9, im Hofe, Parterre.
- Rudolfsheim: Torgasse Nr. 4, Dachparterre.
- Fünfhaus: Ringgasse Nr. 17, Tür 2.
- Ottakring: Klausgasse Nr. 30.
- Hernals: Peggasse Nr. 38.
- Bähring: Plenergasse Nr. 7, Tiefparterre.
- Döbling: Postgasse Nr. 21.
- Brigittenau: Wintergasse Nr. 29, 1. Stod.
- Floridsdorf: Angererstraße Nr. 14, 1. Stod.

Billigere Bücher.

Von billigen Büchern kann ja heute kaum mehr die Rede sein. Wir hängen auf dem Büchermarkt von Deutschland ab, jede Vertenerung der Bücher dort trifft uns durch den Stand unserer Währung mit zehnfacher, durch den berühmten Sortimenteraufschlag mit dreizehnfacher Wucht, und da einzelne Wiener Verleger die Kühnheit haben, die bei ihnen erscheinenden Werke ebenfalls in Markt auszugeben, und zwar vormittags anders und nachmittags anders, so ist der Bücherkäufer schuldlos der stinklosen Teuerung ausgeliefert. Eine Nummer A e c l a m kostet heute 15 Kronen (oder auch mehr?), eine Nummer der J n s e l b ä h e r e i „ungefähr“ 40 Kronen. Doch gerade in dieser Bücherzeit sind sehr gute und zu Geschenken sehr geeignete Bücher erschienen. Die Wändchen sind in Pappe gebunden, also immerhin nach heutigen Begriffen preiswert. Bücher, deren Preis hundert Kronen nicht übersteigt, mögen in dieses folgende Verzeichnis aufgenommen sein, das manchem Arbeiter die Wahl erleichtern wird.

In hübscher Ausstattung, gebunden, bringt der Verlag Paul Stern, Wien, Chamisso's „Peter Schlemihl“ (dieses der geschmackvollste Band), dann G. L. A. Hoffmann's „Das Fräulein von Scuderi“ und Grillparzer's „Kloster von Sandomir“, jeder Band 75 Kronen. — Sehr empfehlenswert ist die „Romantische Bücherei“ des Verlages Leopold Deidrich, Wien. Bisher sind erschienen Tied's „Romantische Erzählungen“ (Preis 48 Kronen) und noch hübscher Gaudy's „Tagebuch eines wandernden Schnebergelassen“ (60 Kronen), beide sauber gebunden und mit farbigen Illustrationen geschmückt. Eine nette gebundene Ausgabe des „Buches der Lieder“ von Heine bringt der Verlag Arthur Wolf, Wien (Preis 60 Kronen). Ganz besonderes Lob gebührt dem Verlag Karl Konegen, Wien, für die bisher erschienenen vier reizenden kleinen Wappens mit je 16 Kunstblättern (Text und Zeichnung), nämlich je eine Auswahl Gedichte von Goethe, Mörike, Heine, Eichendorff, jede Mappe zum Preis von 50 Kronen. Etwas anspruchsvoller sind die Schroll-Bücher, Preis 65 und 75 Kronen, je nach dem Jahr des Erscheinens. Empfehlenswert die Oesterreichischen Kunstblätter des Verlages Ed. Holz, Wien, die jetzt selbständige Feste zu je 18 75 Kronen. Die „Kunstwanderungen durch die Heimat“ desselben Verlages kosten gar nur 10 Kronen, sind aber recht bescheiden, wenn auch preiswert. Ein interessantes Buch ist im Leopold-Verlag, Wien, erschienen: „Des Berliner Freiendfers Friedrich Nicolai bedeutsame Aufzeichnungen über das katholische Deutschland 1781“, gebunden 75 Kronen. Sehr gut sind einzelne Ausgaben des Münchener Eigenbrötlerverlages, der Band broschiert 65, gebunden 81 Kronen, unter ihnen ein Band Kasperi'sche. Zum Schluss sei noch auf ein Buch hingewiesen, das als menschliches Dokument mehr als literarische Werte enthält, die „Briefe aus dem Gefängnis“ von Rosa Luxemburg, herausgegeben von der kommunistischen Jugendinternationale. Das kleine Büchlein, mit Bild und einem Falzmittel geschmückt, kostet broschiert ungefähr 30 Kronen.

D. B.

Spenden für Wiener Kinder.

Die Arbeiter-Zeitung hat in den letzten Tagen zwei größere Spenden für Wiener Kinder empfangen. Die eine mit 172.410 Kronen kam aus der Stadt Rochester im Staate New-York. Sie bildet den Reingewinn einer Veranstellung des dortigen Wohltätigkeitsklubs „Wiener Herzen“. Die Veranstalter sind nach dem Begleitbrief, den sie uns schickten, alle Arbeiter, Parteigenossen, und sie bitten uns, „da sie die Verhältnisse in Wien nicht so genau kennen, diese Summe den Ärmsten der Armen, den Proletariatskindern, zuzulassen“. Das haben wir nach bestem Wissen getan, indem wir den Betrag auf folgende Organisationen aufgeteilt haben. Es haben erhalten: die Gesellschaft der Freunde (Society of Friends) für ihre Kleinkinderaktionen 40.000 Kronen, Fürsorgeminister Dr. Reich für seine Weihnachtsammlung für die Kinder 20.000 Kronen, das Seifenamt und der Verein Bereitschaft für ihre Kinderfürsorgezwecke je 20.000 Kronen und der eigentlichen proletarischen Kinderschutzorganisation, dem Arbeiterverein Kinderfreunde, für seine Wiener und niederösterreichische Tätigkeit den Rest von 72.410 Kronen. An dem Fest der „Wiener Herzen“ in Rochester haben auch der „Bädische Männerchor“ und die „Niederösterreichische Jugend“ mitgewirkt. Ganz besondere Verdienste haben sich neben den Mitwirkenden (insbesondere der Familie Behrent, Herr und Frau durch prächtige Gesangsvorträge und ihre kleine Mona Behrent durch allerliebste Tänze) die beiden Präsidenten des Klubs Franz Melich und Josef Prag, der Kassier Heinrich Holzner und der Sekretär John Holzner erworben. Sie alle können des besten Dankes der bereiten Organisationen sicher sein. Eine zweite Spende im Betrag von 100.000 Kronen kam der Arbeiter-Zeitung von der Aktiengesellschaft für internationalen Warenhandel durch ihren Prokuristen Hofrat Max Griesenfeld zu. Widmung: Jugendfürsorge. Von ihnen wurden 70.000 Kronen dem Reichsverein der Kinderfreunde und 30.000 Kronen dem Verband der sozialistischen Arbeiterjugend für seine Jugendabende mit Auspeisung und für sein Wochenenderholungsheim überwiesen.

Vergrößerung der amerikanischen Auspeisung in Niederösterreich.

Das Generalkommissariat der amerikanischen Kinderschutzaktion teilt mit: Auf Grund der neuen Messungen und Wägungen der Kinder werden im Lande Niederösterreich zu Weihnachten; und zwar am 24. Dezember, dreißig neue Küchen mit einer Gesamtportionenanzahl von 3430 eröffnet, so daß die Anzahl der Küchen im Lande Niederösterreich 230 beträgt, in welchen täglich 44.088 Kinder ausgepeist werden.

Die Regierung hat verschiedene Vorbereitungen getroffen, um einen Preisabbau bei einer möglichst großen Zahl von Artikeln zu ermöglichen. In allernächster Zeit wird eine eigene Kommission unter Beiziehung der weitesten Konsumentenkreise sich mit der Frage beschäftigen, auf welche Weise den Ursachen der bestehenden Teuerung, insoweit sie nicht allein in der Entwertung unseres Geldes begründet ist, am wirksamsten entgegengetreten werden kann. Es muß übrigens daran erinnert werden, welche ungeheuren finanziellen Opfer der Staat auf sich genommen hat und ständig bringt, um der Bevölkerung die lebensnotwendigsten Artikel zu sichern. Dies war und ist nur möglich, indem der Staatsschatz die gewaltige Differenz zwischen den ausländischen Anschaffungspreisen und einem halbwegs erträglichen Abgabepreis auf sich nimmt.

Der von der Regierung schon wiederholt angekündigte Gesetzentwurf gegen die Preistreiberei wird dem Nationalrate bei seinem nächsten Zusammentreten bereits vorliegen. Derselbe enthält unter anderem Strafanordnungen, die bis zu 10 Millionen Kronen, und Freiheitsstrafen, die bis zu 10 Jahren schweren Kerkers verhängt werden können. Auch enthält dieser Gesetzentwurf Strafbestimmungen zur Bekämpfung des übermäßigen Aufwandes an Bedarfsgegenständen, an denen Mangel herrscht.

Die Regierung hat ferner schon jetzt die Staatsanwaltschaften angewiesen, einer Verletzung der bestehenden Vorschriften zum Schutze der Bevölkerung gegen Ausbeutung auf das schärfste entgegenzutreten, insbesondere sträfliche Preissteigerungen mit allem Nachdrucke zu verfolgen und gegen unbegründete Preisprüche oder zu milde Bestrafungen die zulässigen Rechtsmittel zu ergreifen.



Was die zum Friedensvertrage aufgeworfenen Fragen betrifft ,
so kan die Regierung nur darauf hinweisen, daß sie ,wie allge -
mein bekannt, unangesezt und mit dem größten Nachdrucke be -
müht ist, eine Milderung jener drückenden Bestimmungen des Frie -
densvertrages, die unser wirtschaftliches Leben so sehr erschweren,
und eine solche Durchführung des Vertrages bei der Entente zu
erreichen, welche die Lebensfähigkeit Oesterreichs ermöglicht.

